

Vom 22. bis 25. Juni werden sich indigene und direkt betroffene Aktivist*innen aus aller Welt sowie Aktivist*innen und Finanzexpert*innen aus der Schweiz und Europa mit dem Ziel zusammenschliessen, die fossile Finanzierung zu beenden. Da die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ihre jährliche Generalversammlung abhält, ruft das <u>Basel Forum für Klimagerechtigkeit und Finanzregulierung</u> mit einem vielfältigen Programm aus Workshops, Versammlungen, Konzerten, Straßenaktionen und einer Parade zur BIZ zu einer Demokratisierung und Dekolonisierung des Finanzsystems auf.

Welche Rolle spielt Finanzregulierung im Kampf für Klimagerechtigkeit?

Auf der Jagd nach kurzfristigen Gewinnen für internationale Aktionäre pumpen Banken und Versicherungskonzerne, vor allem aus den USA und Europa, Milliarden in gefährliche Projekte für fossile Energien, die die Welt in einen unumkehrbaren Klimakollaps und den Verlust der Artenvielfalt treiben, während sie gleichzeitig Menschen schaden und die Lebenswelt zerstören, von der wir alle abhängen. Die Ausweitung der Nutzung fossiler Brennstoffe ist die Hauptursache für die Klimakrise und ihre verheerenden Auswirkungen, die überall auf der Welt zu spüren sind. Es sind die Menschen, die an der vordersten Front diesen fossilen Projekten gegenüberstehen, die den Kampf gegen diese Zerstörung führen.

Von Fischergemeinschaften in Peru und Senegal, die sich gegen die Ölförderung in den Gewässern wehren, von denen sie leben, über Umweltschützer*innen, die ihr Leben für den Schutz des Amazonas riskieren, bis hin zu den Menschen, die sich gegen Fracking in Argentinien oder die ostafrikanische Rohölpipeline wehren, obwohl sie mit gewaltsamen Razzien und der Kriminalisierung ihrer Proteste konfrontiert sind, führen vor allem Frauen und indigene Gemeinschaften den Widerstand gegen das Eindringen europäischer und US-amerikanischer Konzerne in ihre Heimatländer an.

Dies ist eine Fortsetzung kolonialer Muster, bei denen westliche Unternehmen in Afrika, Lateinamerika und Asien Gewinne erzielen, während sie für die Menschen vor Ort eine Spur der Zerstörung hinterlassen. All diese Rohstoffprojekte müssen ein für alle Mal gestoppt werden. Deshalb schliessen sich Aktivist*innen an vorderster Front mit Aktivist*innen für Klimagerechtigkeit und Finanzexpert*innen in Europa zusammen, um den Geldfluss in diese Projekte endgültig zu stoppen, indem die Regeln des Systems geändert werden.

Die Aufsichtsbehörden der Finanzindustrie müssen ihre Macht nutzen, um Sicherheitsvorkehrungen zu treffen und so die spekulierenden Banker*innen aufhalten, bevor die Klimakrise ausser Kontrolle gerät und noch mehr Zerstörung und Schaden in der ganzen Welt anrichtet.

Warum Basel und was ist die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich?

In Basel werden die Regeln für Banken und Finanzinstitute festgelegt. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die globale Überwachungsinstanz des Finanzsystems, hat ihren Sitz in Basel und hält Ende Juni ihre jährliche Hauptversammlung ab.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ist auf internationaler Ebene als Bank der Banken tätig. Hier treffen sich die Gouverneure und Aufsichtsbehörden der Zentralbanken der Welt, um über die Überwachung des globalen Finanzsystems zu diskutieren. Gemeinsam legen sie neue Standards und Normen für das Finanzsystem auf globaler Ebene fest. Die Empfehlungen und Regeln der BIZ werden von Banken und Finanzinstituten in aller Welt übernommen.

Wenn die BIZ Anlagen in fossile Brennstoffe als hochriskante Investitionen einstufen würde, wie sie es kürzlich für Kryptowährungen getan hat, würde dies effektiv neue Investitionen in fossile Brennstoffe stoppen.

Eine einfache Regel würde von den Banken verlangen, dass sie selbst für die Verluste aus ihren Spekulationen aufkommen: Für jeden Euro, den die Banken in fossile Brennstoffe investieren, müssten sie einen Euro aus ihren eigenen Mitteln aufbringen, um die Risiken selbst zu tragen. Diese einfache Eins-zu-eins-Regel würde Investitionen in neue fossile Projekte für die Banken so teuer machen, dass sie die Finanzierung neuer fossiler Brennstoffe sofort einstellen würden. Diese "Eins-zu-Eins"-Regel sollte ein erster Schritt sein, um das Finanzsystem zu demokratisieren, damit es im gemeinsamen Interesse der Mehrheit funktioniert.

Was wird während des Basel Forums passieren?

Das Forum wird ein Raum sein, um zu lernen, Verbindungen zu knüpfen und den Protest für ein demokratisches und dekoloniales Finanzsystem bis vor die Haustür der globalen Aufsichtsbehörde zu tragen. Es besteht aus einem abwechslungsreichen Programm mit Präsentationen, Workshops, strategischen Diskussionen, Gesprächsrunden, Konzerten, Ausstellungen, Ritualen, Strassenaktionen und einer Parade bis vor die Tür der BIZ.

Wenn nicht anders angegeben, finden die Veranstaltungen am Hauptsitz des Basel Forums statt: Gundeldinger Feld, Dornacherstrasse 192, 4053 Basel (Schweiz).

Ein detailliertes Programm finden Sie unter endfossil.finance/info. Einige Highlights sind:

Peoples' Parade

13.30 Uhr, Samstag, 24. Juni

Von der *Kaserne* (Klybeckstrasse 1b, 4057 Basel) durch Basel bis vor den Eingang der BIZ (Centralbahnplatz 2, 4002 Basel)

Künstlerische Intervention: Eine Hommage an die Verteidiger*innen der Erde 19.30-21.30 Uhr, Freitag, 23. Juni

Ausstellung über ermordete Umweltschützer*innen im Margarethenpark (Gundeldingerstrasse 57 - 129) mit direkt betroffenen Aktivist*innen, die ihre Geschichten über den Widerstand gegen fossile Projekte erzählen

Geschichten des Widerstands

19.30 Uhr am Freitag, Samstag und Sonntag

Aktivist*innen an vorderster Front gegen Projekte zum Abbau von Rohstoffen in aller Welt erzählen von ihren Kämpfen

Podiumsdiskussionen zu einer Vielzahl von Themen Zum Beispiel:

9.30 Uhr am Freitag, 23. Juni - Von der Umweltgerechtigkeit zur finanziellen Regulierung: ein systematischer Ansatz zur Finanzierung fossiler Brennstoffe

Wer sind die Frontline-Aktivist*innen, die nach Basel kommen?

Etwa ein Dutzend indigene und direkt betroffene Aktivist*innen, die den Kampf gegen extraktive Projekte vor Ort führen, werden nach Basel kommen. Als Teil der Global Coalition of Peoples Facing Extractivism (Globale Koalition der Völker, die sich dem Extraktivismus entgegenstellen) vertreten sie verschiedene Kämpfe, darunter:

- Menschen in Tansania, Uganda und der Demokratischen Republik Kongo, die sich gegen den Bau der ostafrikanischen Erdölpipeline wehren, die vom französischen Ölund Gaskonzern TotalEnergies betrieben wird (Stop EACOP)
- Naturschützer*innen in Kolumbien, die ihr Leben riskieren, um sich gegen die Öl- und Gasausbeutung und den Rohstoffabbau durch multinationale Konzerne zu wehren, die straffrei agieren und mit paramilitärischen Gruppen gemeinsame Sache machen
- Menschen im Senegal, die sich gegen die Öl- und Gasförderung durch multinationale Konzerne wie Total wehren, die Bauern- und Fischereigemeinschaften bedrohen
- indigene Nahuatl- und Tenek-Gemeinschaften in Mexiko, die sich gegen Fracking durch europäische Unternehmen wie Eni, BP, Shell und Total in der für ihre aussergewöhnliche natürliche Schönheit bekannten Region Huasteca Potosina organisieren
- Menschen in Peru, die sich trotz harter Repression und Ermordung von Umweltschützer*innen gegen die Öl- und Gasförderung vor der Küste und im Amazonasgebiet wehren
- lokale Gemeinschaften, die sich gegen Fracking durch Konzerne wie Shell, Wintershall, Repsol, ExxonMobil und Chevron in Vaca Muerta, Argentinien, wehren, das der Region das Wasser raubt, eine Spur von verseuchten, verlassenen und verarmten Städten hinterlässt und mit einem starken Anstieg von Krankheiten wie Lungenkrebs und Leukämie einhergeht
- Menschen auf den Philippinen, die dafür kämpfen, das aussergewöhnlich reiche Meeresökosystem der Isla-Verde-Strasse vor dem gross angelegten Ausbau von Flüssigerdgas-Terminals zu schützen
- Wet'suwet'en-Landverteidiger*innen in Kanada, die sich gegen das Coastal GasLin Pipeline-Projekt auf indigenem Land wehren
- Lokale Gemeinschaften an der südafrikanischen Wild Coast, die für das Recht kämpfen, Projekte zum Rohstoffabbau auf ihrem Land abzulehnen, obwohl

Gemeindevorsitzende, die sich gegen die Projekte der Australian Mineral Commodities Ltd. aussprachen, ermordet wurden

All diese Projekte folgen einem neokolonialen Muster der Rohstoffgewinnung durch überwiegend westliche Unternehmen mit westlicher Finanzierung auf Kosten der Gemeinschaften vor Ort, der Umwelt und des Klimas.



Karte der indigenen und Frontline-Aktivist:innen, welche Teil des People's Forums sind.

Redner*innen bei der Pressekonferenz am 15. Juni 2023

<u>Hier</u> finden Sie weitere <u>Profile von Frontline-Delegierten, die nach Basel kommen</u>. Bitte kontaktieren Sie press@endfossil.finance für weitere Informationen und Interviewanfragen.

Moustapha Faty

Kampf gegen Ölbohrungen vor der senegalesischen Küste

Nach seinem Bachelor-Abschluss in Jura und seinem Master in Politikwissenschaften an der Universität Dakar beschloss Moustapha Faty (40), in seine Heimat zurückzukehren, um seine Fähigkeiten in den Dienst der ländlichen Gemeinschaft in der Casamance im Süden Senegals zu stellen. Er arbeitet mit örtlichen Bauern*Bäuerinnen, Fischer*innen und Unternehmer*innen zusammen, um eine nachhaltige lokale Wirtschaft aufzubauen, die im Einklang mit der Natur steht und den Menschen vor Ort zugutekommt, beispielsweise durch Ökotourismusprojekte und nachhaltige Bienenzucht und Fischzucht in den Mangrovenwäldern.



(c) CLessire

Dank 19 Jahren starken Widerstands haben sich die ländlichen Gemeinden erfolgreich gegen den Minenbau und die Gewinnung fossiler Brennstoffe gewehrt, die die Mangrovenwälder bedrohen, von denen Dutzende von Dörfern leben. Sie haben gute Fortschritte bei der Einrichtung eines Meeresschutzgebiets gemacht, um die Bedrohung durch Meereserosion, Abholzung und den Verlust von Schildkröten, Muscheln und anderen Arten zu bekämpfen. Doch in den letzten Jahren haben sich die Gefahren vervielfacht, da multinationale Konzerne wie Total Energies, BP, Woodside und Cairn Energy vor der senegalesischen Küste Öl- und Gasbohrungen vorantreiben. Diese Konzerne werden von westlichen Banken wie BNP Paribas, Citigroup, Credit Suisse, UBS und HSBC finanziert.

Tapha sagt: "Im Senegal ist unsere lokale Wirtschaft, die grösstenteils von der Landwirtschaft und der Fischerei abhängt, derzeit durch die Ausbeutung des Erdöls durch multinationale Konzerne wie Total bedroht. Ich komme nach Basel, weil wir die finanzielle Unterstützung, von der Projekte wie diese abhängen, destabilisieren müssen. Wir brauchen stärkere Sicherheitsvorkehrungen im Finanzsystem, um die Menschenrechte und die Rechte der Natur zu schützen."

María Elena Foronda Farro

Kampf gegen die Ölförderung an der peruanischen Küste und im Amazonasgebiet

María Elena Foronda Farro (64) ist eine peruanische Soziologin und ehemalige Parlamentarierin, deren unermüdlicher Einsatz für Menschen, Umwelt und territoriale Rechte trotz harter Repressionen und Inhaftierung 2003 mit dem Goldman-Umweltpreis ausgezeichnet wurde. Sie ist Mitbegründerin und Direktorin des Umweltinstituts Natura (Instituto Ambientalista Natura).

Der spanische Petrochemiekonzern Repsol, der britisch-französische Öl- und Gaskonzern Perenco und der irische Konzern Tullow Oil gehören zu den Konzernen, die in Peru fossile Brennstoffe fördern und dabei die Rechte indigener Völker verletzen,



(c) CLessire

<u>katastrophale Ölverschmutzungen</u> an der Küste und im Amazonas-Regenwald verursachen und die Gesundheit der Menschen schädigen.

Umweltschützer*innen und vor allem indigene Aktivist*innen, die sich zum Schutz ihrer Gemeinschaften gegen solche Abbauprojekte wehren, riskieren ihr Leben. Allein im Jahr 2021 wurden sieben peruanische indigene Aktivist*innen, die das Amazonasgebiet verteidigen, ermordet, wie <u>Global Witness</u> dokumentiert.

María Elena engagiert sich im Kampf gegen die Genehmigung neuer Öl-Megaprojekte an der Nordküste und im peruanischen Amazonasgebiet, in Gebieten mit aussergewöhnlicher biologischer Vielfalt, auf dem Land indigener Völker und in Gewässern, von denen die Fischereigemeinden leben. Fischerei- und indigene Gemeinschaften haben <u>starken</u> <u>Widerstand</u> geleistet. Streiks, Strassenblockaden und Massendemonstrationen haben erfolgreich Unterstützung im Kongress mobilisiert und zur Aufhebung einiger Ölkonzessionen an der Nordküste geführt.

Die Ölexploration und -ausbeutung in Peru wird durch die Finanzierung durch US-amerikanische und europäische Investoren ermöglicht. So <u>stellen</u> US-amerikanische und europäische Banken wie HSBC, Deutsche Bank und JPMorgan Chase <u>Finanzmittel für die peruanische Ölindustrie bereit</u>.

María Elena sagt: "Die Ölförderung tötet Umweltschützer*innen in meinem Land, und es ist europäisches Geld, das diese Verbrechen finanziert. Ich werde im Juni nach Basel reisen, um Druck auf die Finanzaufsichtsbehörden auszuüben, damit sie die Finanzierung der fossilen

Brennstoffindustrie stoppen, die das Leben so vieler Menschen in Peru und überall auf der Welt bedroht."

Benoît Lallemand

Kampf für ein Finanzwesen, das der Gesellschaft dient

Benoît ist der Generalsekretär von Finance Watch. Während seines Masterstudiums in Philosophie und Politikwissenschaften an der Freien Universität Brüssel stiess Benoît 1997 auf zwei Artikel in Le Monde Diplomatique, die seine Weltanschauung stark beeinflussten. Einer stammte von Subcomandante Marcos von der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung, der auf poetische und zugleich analytische Weise den Zustand der Welt als ein Puzzle mit sieben Teilen beschrieb.



Der andere, einige Wochen später, war eine Reaktion des Chefredakteurs Ignacio Ramonet auf die asiatische Finanzkrise. Er schlug die Gründung einer Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürger (Association for the Taxation of financial Transaction to Aid Citizens, ATTAC) vor. Seine Idee traf den Nerv der Zeit, und spontan wurden Hunderte von Treffen organisiert, um lokale Zweigstellen von ATTAC zu gründen. Später trug er zur Gründung von ATTAC in Belgien bei und beteiligte sich an der Bewegung gegen das Multilaterale Investitionsabkommen der Welthandelsorganisation mit Massendemonstrationen in Seattle, Genua und Brüssel.

Nach fünf Jahren intellektueller Abenteuer an der Universität musste Benoît in der Realität ankommen und entschied sich, für kurze Zeit im Finanzsektor zu arbeiten, um diese "Black Box" des Wirtschaftssystems von innen heraus zu verstehen. Wir befinden uns in den frühen 2000er Jahren und Benoît war aus erster Hand mit den Mechanismen und Finanzinstrumenten konfrontiert, die zur grossen Finanzkrise von 2007-2008 führten.

Aus der kurzen Zeit wurden 11 Jahre, und er war verzweifelt auf der Suche nach einem Ausweg. Bei der Gründung von Finance Watch im Jahr 2011 wurde er als einer der ersten Mitarbeiter eingestellt - eine perfekte Gelegenheit, um sein aktivistisches Herz und sein im Finanzsektor erworbenes Fachwissen unter einen Hut zu bringen. Benoît steht seit 2017 an der Spitze der Organisation. Er initiierte auch Change Finance, eine breitere Koalition aus Graswurzel-Organisationen, Wissenschaftler*innen und Pionier*innen der "guten Finanzen", um mehr öffentlichen Druck zur Unterstützung der unverzichtbaren Reform des Finanzsystems zu erzeugen.

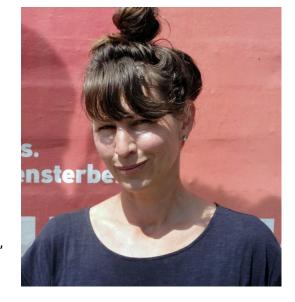
Benoît sagt: "In den letzten 40 Jahren haben wir ein extremes Experiment der Liberalisierung und Finanzialisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt erlebt - als gescheiterte Antwort oder Flucht aus der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre. Dies hat zu Umweltzerstörung, sozialer Ungleichheit und politischer Polarisierung in grossem Ausmass geführt und gleichzeitig den Neokolonialismus verfestigt. Die Reaktion auf die Grosse Finanzkrise war eine verpasste Gelegenheit für tiefgreifende, strukturelle Reformen zum Aufbau eines demokratischen Finanzsystems, das den Bedürfnissen der Menschen und des Planeten dient. Die Finanzialisierung hat seitdem nur noch zugenommen. Ihre Folgen sind für alle sichtbar. Jetzt ist es an der Zeit, eine globale und vielfältige Bewegung aufzubauen, um den Wahnsinn zu stoppen."

Frida Kohlmann

Mit Liebe und Spiel für Klimagerechtigkeit kämpfen

Frida engagiert sich in der lokalen Klimagerechtigkeitsbewegung in Basel, wo sie wohnt. Mit dem Klimagipfel in Paris im Jahr 2015 brach die Realität der Klimakrise gewaltsam in ihr Bewusstsein und mobilisierte sie zum Handeln. Seither ist sie in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv.

Frida hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, wie man mit den verschiedenen psychologischen Abwehrmechanismen der Menschen umgehen und ihre Herzen und ihren



Verstand mit der Dringlichkeit und Hoffnung berühren kann, die wir brauchen, um die Klimakrise und ihre Folgen anzugehen.

Sie liebt es, künstlerische Ansätze für ihre politische Arbeit zu erforschen und sie spielerisch einzusetzen.

endfossil.finance

Kontakt: press@fossil.finance